



# Briefing Notes

Gruppe 62 – Informationszentrum Asyl und Migration

28. Juni 2021

## Äthiopien

### Schwerer Luftangriff in Tigray

Mehrere Medien berichteten unter Berufung auf Augenzeugenberichte, dass es am 22.06.21 zu einem schweren Luftschlag der äthiopischen Luftwaffe auf den Marktplatz des Ortes Togoga in der Region Tigray gekommen sei. Togoga befindet sich ca. 30 km von der Stadt Mekele entfernt. Der Angriff sei mit mindestens 60 Todesopfern und dutzenden Verletzten einer der schwersten Angriffe im laufenden Konflikt zwischen der äthiopischen Regierung und der Tigray People's Liberation Front (TPLF). Überlebende des Angriffs hätten zudem berichtet, dass sich am Marktplatz von Togoga nur Zivilisten aufgehalten hätten und es keine militärischen Ziele gegeben habe. Weiteren Berichten zufolge, seien Hilfskräfte von Personen in äthiopischen Uniformen daran gehindert worden, zum Unglücksort zu gelangen und Verletzten zu helfen. Das äthiopische Militär bestätigte inzwischen zwar die Durchführung eines Luftangriffs, wies aber alle Berichte über zivile Opfer zurück. Es habe sich vielmehr um einen präzisen Luftschlag gegen feindliche Kombattanten gehandelt.

### Tödlicher Angriff auf MSF in Tigray

Medien berichteten am 25.06.21 über einen tödlichen Angriff auf drei Mitarbeitende der NGO Ärzte ohne Grenzen (MSF). MSF zufolge sei der Kontakt zu den drei Personen am Nachmittag des vorherigen Tages abgebrochen. Am 25.06.21 seien das Fahrzeug und die drei Opfer wenige Meter davon entfernt aufgefunden worden. Es handele sich dabei um eine aus Spanien stammende Notfallkoordinatorin, einen Hilfskoordinator und einen Fahrer aus Äthiopien. Das äthiopische Militär sehe aufgrund erster Hinweise die TPLF als verantwortlich an. Nach Medienberichten seien bisher mindestens zwölf Mitarbeitende von Hilfsorganisationen seit dem Ausbruch der Kämpfe in Tigray getötet worden.

## Afghanistan

### Anschläge auf Zivilisten / Vertriebene / Infrastruktur

Nach Medienberichten sind am 27.06.21 13 Zivilisten bei einem Bombenanschlag auf einen Bus in der Provinz Parwan verletzt worden. Am 23.06.21 wurden im Distrikt Maiwand der Provinz Kandahar fünf Zivilisten durch eine Bombenexplosion getötet und 20 weitere Personen verletzt. Niemand bekannte sich zu den Taten. In der Provinz Kandahar seien laut Meldungen vom 26.06.21 in der letzten Woche 225 Zivilisten bei Kampfhandlungen verletzt und 29 getötet worden. Am 21.06.21 wurde berichtet, dass China seine Staatsbürger aufgefordert habe, Afghanistan aufgrund der sich verschlechternden Sicherheitslage zu verlassen. Am 22.06.21 sei ein Radio-Redakteur in Ghazni von Unbekannten attackiert und verletzt worden. Am selben Tag wurde gemeldet, dass man sich in Tadschikistan auf eine Flüchtlingswelle aus Afghanistan vorbereite und nach geeigneten Plätzen für Flüchtlingslager suche. Russland habe Tadschikistan Hilfe bei der Grenzsicherung zugesagt. Die Stadt Kunduz sei am 22.06.21 durch die Taliban aus verschiedenen Richtungen angegriffen worden und die Bürger der Stadt würden teilweise fliehen. Am

selben Tag wurde berichtet, dass die Autobahnen im Land immer unsicherer würden, da die Taliban in vielen Teilen Checkpoints errichtet hätten. Laut Meldungen vom 25.06.21 sollen tausende Ortskräfte, die für die USA tätig waren, im August 2021 in die USA evakuiert werden.

### **Kämpfe um Distrikte und Provinzhauptstädte**

Am 28.06.21 würden die Taliban laut des LongWarJournal (LWJ) 156 Distrikte kontrollieren, die Regierung 82 und 160 seien umkämpft. Verschiedene nördliche Provinzhauptstädte wie Kunduz, Taloqan, Charikar und Maimana würden nun belagert und angegriffen. Am 22.06.21 wurde berichtet, dass auch die nördlichen Städte Masar-i Sharif in Balkh und Pul-e Khumri in Baghlan von den Taliban belagert und angegriffen würden. Die Provinz Faryab sei kurz davor an die Taliban zu fallen. Am 24.06.21 sei der Polizeidistrikt 2 der Stadt Pul-e Khumri angegriffen und am 22.06.21 der Grenzübergang zu Tadschikistan in der Provinz Kunduz, Shir Khan Bandar, von den Taliban eingenommen worden. Der strategisch wichtige Distrikt Doshi in der Provinz Baghlan und sechs weitere Distrikte seien durch die afghanische Armee zurückerobert worden. Das US-Militär geht davon aus, dass die Taliban 81 Distrikte kontrollieren. Am 22.06.21 sprach die Leiterin der Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan (UNAMA), Deborah Lyons, vor dem UN-Sicherheitsrat über die aktuelle Lage. Die Geländegewinne der Taliban seien signifikant, seit Anfang Mai 2021 seien 60 Distrikte an sie gefallen. Die Taliban würde, entgegen ihren Beteuerungen zum Frieden, ihre Angriffe verstärken und hätten nach wie vor Kontakt zu al-Qaida.

### **Bürger bilden Milizen gegen die Taliban**

Am 21.06.21 wurde berichtet, dass sich in verschiedenen vor allem nördlichen Provinzen (Takhar, Balkh, Baghlan, Parwan und Badghis) Bürger bewaffnen, um ihre Region zusammen mit der afghanischen Armee gegen die Übernahme durch die Taliban zu verteidigen. Am selben Tag haben sich auch Mitglieder des afghanischen Parlamentes für die Errichtung von Bürger-Milizen unter der Führung ehemaliger Mujahedin ausgesprochen um der eskalierenden Lage Herr zu werden. Der afghanischen Regierung und Armee alleine traue man dies nicht mehr zu. Am 27.06.21 erklärte der ehemalige Vizepräsident General Dostum, er wolle aus der Türkei nach Afghanistan zurückkehren, um seine Heimatprovinz Jawzjan in Absprache mit der Regierung zu verteidigen. Am 22.06.21 sei auch im Distrikt Arghandab in der Provinz Kandahar eine Bürger-Miliz gegründet worden und hunderte Bürger würden der afghanischen Armee helfen die Stadt Masar-i Sharif in der Provinz Balkh zu verteidigen. Am 23.06.21 hätten Bürger in den Provinzen Jawzjan, Kabul, Laghman, Nangarhar und Herat zu den Waffen gegriffen. Am 24.06.21 hätten sich Bürger in den Provinzen Samangan und Kapisa bewaffnet, am 27.06.21 die Bürger in den Provinzen Ghor, Kunduz und Paktia. Unterdessen sind der afghanische Präsident Ghani und der Vorsitzende des Hohen Rates für nationale Aussöhnung Dr. Abdullah Abdullah am 25.06.21 zu Gesprächen mit dem US-Präsidenten in die USA gereist. Am 25.06.21 wurde erklärt, dass auch nach dem Abzug 650 US-Truppen im Land bleiben werden.

## **Algerien**

### **Rücktritt der Regierung – Konsultationen für neue Regierung begonnen**

Am 24.06.21 gab der bisherige Premierminister Abdelaziz Djerad seinen Rücktritt und den seines Kabinetts bekannt. Staatspräsident Tebboune nahm gemäß Art. 113 der Verfassung das Gesuch an. Der Rücktritt erfolgte am Tag nach der Verkündung der offiziellen Wahlergebnisse von der Parlamentswahl am 12.06.21 (vgl. BN v. 14.06. u. 21.06.21). Anschließend lud Tebboune Vertretungen der Parteien zu Gesprächen ein, um über eine neue Regierung zu verhandeln. Gespräche mit dem Generalsekretär der siegreichen Partei Nationale Befreiungsfront (FLN) und den Unabhängigen fanden bereits statt.

### **Erneut zahlreiche Verhaftungen**

Nach Medienberichten wurden am 25.06.21 im Rahmen der Hirak-Demonstration mindestens 273 Teilnehmende inhaftiert. Zudem sollen mehrere Aktivisten am 24.06.21 unter richterliche Kontrolle gestellt worden sein.

## Angola

### **Verfassungsreform verabschiedet**

Am 22.06.21 verabschiedete das Parlament die erste Reform der seit 2010 gültigen Verfassung. Geändert bzw. hinzugefügt wurden mehr als 40 Artikel der Verfassung, die nunmehr 249 (vorher 244) Artikel umfasst. Die Reform soll u.a. Unklarheiten hinsichtlich der Kontrolle der Exekutive durch das Parlament beseitigen, die Teilnahme an Wahlen durch im Ausland lebende Staatsangehörige regeln und verändert den Status der Zentralbank (BNA). Die überraschende Initiative für die Änderungen war erst im Frühjahr 2021 von Staatspräsident João Lourenço ausgegangen. Die Reform erhielt die nötige Zweidrittelmehrheit im Parlament, obgleich sich die Oppositionsparteien União Nacional para a Independência Total de Angola (UNITA) und Convergência Ampla de Salvação de Angola-Coligação Eleitoral (CASA-CE) enthielten.

## Armenien

### **OSZE stuft Parlamentswahlen als demokratisch, fair und frei ein**

Die internationalen Beobachter der OSZE haben die vorgezogene Parlamentswahl in Armenien am 20.06.21 als demokratisch, fair und frei eingestuft. Die norwegische Beobachterin Kari Henriksen von der OSZE erklärte, dass der Wahlkampf durch eine starke Polarisierung der Protagonisten gekennzeichnet gewesen war. Den Wählern sei aber eine breite Palette von Möglichkeiten geboten worden, die freiheitlichen Grundrechte seien respektiert worden und die Kandidaten konnten einen freien Wahlkampf führen. Die Partei des bisherigen Ministerpräsidenten Nikol Paschinjan hatte die Parlamentswahl mit rd. 54 % der Stimmen gewonnen. Nach dem vorläufigen Wahlergebnis könnten daneben nur die Parteienbündnisse von Ex-Präsident Robert Kotscharjan mit rd. 21 % und des früheren Präsidenten Sersch Sargsjan und des ehemaligen Geheimdienstchefs Artur Wanezjan mit 5,2 % der Stimmen in das Parlament einziehen.

## Bangladesch

### **COVID-19-Pandemie: Lockdown wegen steigender Infektionszahlen**

Aufgrund steigender Infektionszahlen gilt ab dem 28.06.21 ein teilweiser Lockdown, der ab dem 01.07.21 für die Dauer von 14 Tagen in einen strengen landesweiten Lockdown übergehen soll. Bereits seit 21.06.21 ist die Hauptstadt Dhaka wegen der Implementierung von Restriktionen in umliegenden Distrikten weitestgehend vom Rest des Landes isoliert, um die Ausbreitung des Virus zu stoppen. Am 27.06.21 wurde mit 119 Todesopfern innerhalb von 24 Stunden die bislang höchste Opferzahl seit Beginn der Pandemie gemeldet. Bislang haben sich im Land mehr als 888.400 Personen infiziert, über 14.170 sind verstorben. Lediglich rd. 2,6 % der Bevölkerung gelten als vollständig geimpft (Stand: 28.06.21).

## Burkina Faso

### **Tote bei Anschlag**

Bei einem Anschlag Unbekannter auf ein Einsatzteam der Polizei, das zwischen Barsalogho und Foubé (Region Centre-Nord) unterwegs war, wurden am 21.06.21 elf Polizisten getötet.

### **Behinderung der Gesundheitsversorgung**

In einem am 22.06.21 veröffentlichten Bericht führt die NGO Safeguarding Health in Conflict Coalition (SHCC) für das Jahr 2020 17 Vorfälle von Gewalt gegen Mitarbeiter und Behinderung der Gesundheitsversorgung in Burkina Faso an. Dabei seien 25 im Gesundheitswesen Beschäftigte getötet und sechs Krankenhäuser angegriffen worden. 2019 habe es 27 derartige Vorfälle gegeben. Die Gewalt werde von IS of the Greater Sahara (ISGS), Jama'at Nusrat al-Islam wal-Muslimeen (JNIM) und der der letzteren nahestehenden Katiba Macina sowie von weiteren nicht benannten Gruppen verübt. Betroffen seien vorwiegend die Regionen Sahel, Centre-Nord und Est.

### **Kinder und Jugendliche an Anschlag beteiligt**

Nach am 23.06.21 von der Regierung veröffentlichten Untersuchungsergebnissen waren an dem vom 04.06.21 auf den 05.06.21 in Solhan (vgl. BN v. 07.06.21) verübten Anschlag meist Kinder und Jugendliche zwischen zwölf und 14 Jahren beteiligt.

## **Burundi**

### **Mehrere Tote bei Hinterhalt in der Provinz Muramvya**

Medienberichten zu Folge seien bei einem Hinterhalt am 26.06.21 mindestens 15 Menschen getötet worden. Bewaffnete Personen haben demnach eine Straße blockiert und das Feuer auf ankommende Fahrzeuge eröffnet. Zudem seien zwei Busse in Brand gesteckt worden, wodurch die Insassen verbrannten. Es sei in diesem Zusammenhang zu mindestens vier Festnahmen gekommen. Bereits im Mai 2021 ereignete sich ein ähnlicher Vorfall in der Provinz Muramvya.

## **China**

### **Hongkong: Pro-demokratische Zeitung eingestellt, weitere Festnahmen**

Am 27.06.21 wurde mit Fung Wai-kong der siebte Journalist der pro-demokratischen Hongkonger Zeitung Apple Daily festgenommen. Auch ihm wird die Gefährdung der nationalen Sicherheit vorgeworfen. Die Polizei verhaftete Fung am Flughafen, Medienberichten zufolge habe er vorgehabt, nach Großbritannien zu reisen. Fungs Inhaftierung gingen die Festnahmen von Leitartikelschreiber Yeung Ching-kee am 23.06.21 und von fünf weiteren führenden Mitarbeitenden der Zeitung am 17.06.21 voraus (vgl. BN v. 21.06.21). Der Gründer der Zeitung Jimmy Lai verbüßt derzeit eine 20-monatige Haftstrafe (vgl. BN v. 31.05.21). Weil Behörden zudem die Vermögenswerte von Apple Daily einfroren, kündigte die Muttergesellschaft der Zeitung am 23.06.21 die Einstellung der Print-Ausgabe zum 26.06.21 und die Schließung der Online-Ausgabe an.

## **DR Kongo**

### **Vertreibung nach Angriffen im Süden Ituris**

Laut einem Medienbericht sollen am 07.06.21 bei einem Angriff auf die Stadt Boga (Ituri) durch eine mit Macheten und Schusswaffen ausgestattete Gruppierung zehn Menschen getötet worden sein. Insbesondere wurde auch das örtliche Krankenhaus gebrandschatzt. Personal und Patienten konnten entkommen. Das Krankenhaus mit 60 Betten war erst im September 2020 nach dreijähriger Bauzeit fertiggestellt worden. Nach Aussage eines Vertreters von Ärzten ohne Grenzen (MSF) war das Krankenhaus die einzige funktionierende Gesundheitseinrichtung in der Umgebung und für die Versorgung von 80.000 Menschen zuständig.

In den folgenden Tagen wurden um den nahegelegenen Ort Tshabi (Grenze von Ituri und Nord-Kivu) mindestens neun Tote nach Angriffen auf Bauern gefunden. Die Täter der genannten Ereignisse sind nicht bekannt. Die Rebellenmiliz Allied Democratic Forces (ADF) ist in dem Gebiet aktiv. Daneben sollen laut einem MSF-Vertreter starke ethnische Spannungen herrschen; beide Konflikte würden sich überlagern.

Ein Vertreter des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen (UNICEF) schätzte, dass im Zuge der Angriffe etwa 30.000 Menschen vertrieben wurden. In einem Appel vom 24.06.21 machte UNICEF besonders auf das Leiden der betroffenen Kinder aufmerksam, die vielfach Augenzeugen brutaler Gewalt und von ihren Eltern getrennt seien. Die humanitäre Lage für die Vertriebenen, ob in Lagern oder bei Gastfamilien, sei angespannt. In einem Lager bei Tshabi, würden täglich Kinder an Mangelernährung, Anämie oder Malaria sterben.

### **Bombenexplosion in Kirche**

Am 27.06.21 wurden bei der Explosion eines improvisierten Sprengsatzes in einer katholischen Kirche in Beni (Nord-Kivu) zwei Frauen verletzt. Außerdem entstand Sachschaden. In der Kirche sollte die Firmung Jugendlicher mit entsprechend starkem Besuch stattfinden. Einem Medienbericht zufolge handelt es sich um das erste Mal, dass ein Gebäude der katholischen Kirche gezielt angegriffen wurde. In Beni sei die katholische Kirche die stärkste Religionsgemeinschaft.

Bereits am Vortag war ein unter einem Lastwagen angebrachter improvisierter Sprengsatz neben einer Tankstelle am Ortsausgang explodiert, hatte jedoch keine wesentlichen Schäden angerichtet. Benis Bürgermeister, Colonel Muteba, gab an, die Splitter der Sprengsätze seien denen in der Kirche gleich. Noch am 27.06.21 kam es zu einer weiteren Explosion, als sich ein mutmaßlicher Selbstmordattentäter auf einer belebten Kreuzung in Beni in die Luft sprengte. Andere Personen wurden nicht verletzt.

Laut einem Medienbericht vom 15.06.21 warnte ein Expertenbericht den UN-Sicherheitsrat vor der Verbreitung von improvisierten Sprengsätzen in der DR Kongo. Der Sicherheitsrat solle die UN-Stabilisierungsmission MONUSCO beauftragen, ihre Fähigkeiten im Kampf gegen improvisierte Sprengsätze fortzuentwickeln.

## **Indien**

### **Kaschmir: Drohnenangriff auf Militärbasis**

Am 27.06.21 ereignete sich ein Drohnenangriff auf die Basis der indischen Luftwaffe im Unionsterritorium Jammu und Kaschmir. Nach eigenen Angaben des Militärs entstand durch eine Explosion Schaden auf dem Dach eines Gebäudes. Zu einer zweiten Explosion sei es auf offener Fläche innerhalb des Geländes gekommen. Reuters berichtet von zwei verletzten Personen. Es handele sich um den ersten Drohnenangriff dieser Art auf indischem Territorium.

Am 24.06.21 traf sich Premierminister Narendra Modi erstmals nach der im August 2019 erfolgten Aufhebung des Autonomiestatus mit regionalen Führungsfiguren und forderte in Kaschmir mehr politische Stabilität.

## **Irak**

### **Rückkehr**

Nach Medienberichten vom 21.06.21 sind bisher 200 Familien aus dem al-Jada-Camp wieder in ihre Heimatorte in Mossul und Salah-ad-Din zurückgekehrt. Das Camp ist eines der beiden verbliebenen Flüchtlingslager unter Kontrolle der Zentralregierung, nachdem im letzten Jahr fast alle Lager außerhalb der KR-I geschlossen wurden. Es handelt sich überwiegend um Familien, die dem IS zugeordnet wurden und die umfangreiche Sicherheitschecks bestanden haben.

### **Versorgungskrise**

Seit dem 27.06.21 läuft eine Social-Media-Kampagne der Sadr-Bewegung, die einen Rücktritt des Energieministers Majid Hantoush fordert. Er wird politisch für die umfangreichen Stromausfälle, die weitverbreitete Korruption im Energiesektor und die ungleiche Verteilung von Stromerzeugung und Versorgungssicherheit im Irak verantwortlich gemacht. Die andauernde Versorgungsunsicherheit gehört zu den Triebfedern der zahlreichen landesweiten Proteste. In den Medien wurde zuletzt über Pläne des Ministers zum Bau von Atomkraftwerken sowie am 24.06.21 über seine Unterzeichnung eines Vertrages über den Ausbau von Solarenergieerzeugung mit den VAE berichtet. Wartung und Erneuerung von Energienetz und vorhandenen Anlagen sowie die Bekämpfung der Korruption in diesem Bereich werden allerdings von Experten als dringlicher betrachtet.

### **Berufungsgerichtshof bestätigt Strafen für Journalisten und Aktivisten**

Der Oberste Berufungsgerichtshof der KR-I in Erbil hat die Verurteilung mehrerer Journalisten und Aktivisten bestätigt, die im Februar 2021 zu sechs Jahren Haft wegen Gefährdung der nationalen Sicherheit verurteilt worden waren. Mehrere Menschenrechtsgruppen kritisierten das Urteil scharf. Nun ist lediglich noch eine präsidentielle Begnadigung für die Inhaftierten denkbar, da ihre Rechtsmittel erschöpft sind.

### **Kampfhandlungen**

Am 24.06.21 kam es zu mehreren Feuergefechten zwischen IS-Anhängern und irakischen Sicherheitskräften im Landkreis Daquq in der Provinz Kirkuk. Die irakische Bundespolizei meldete fünf Todesopfer, über Verluste des IS ist nichts bekannt.

Am 27.06.21 wurde ein Dorf nördlich von Erbil mit insgesamt vier Drohnen angegriffen. Es wurde nur Materialschaden verursacht.

## **Todesurteile in Bagdad**

Wegen der Vorbereitung und Durchführung von Terrorangriffen im Ramadan 2019 wurden 13 geständige IS-Mitglieder am 24.06.21 zum Tode verurteilt.

## **Iran**

### **Proteste und Festnahmen nach umstrittener Kommunalwahl in Yasuj**

Iranische Medien im Ausland berichten von Protesten und Ausschreitungen am 18.06.21 im Zuge der Kommunalwahl in der Stadt Yasuj (Provinz Kohgiluyeh und Buyer-Ahmad, Südwestiran). Dabei seien mehr als 100 Personen verhaftet worden. Die Festgenommenen gehörten zu verschiedenen politischen Fraktionen und ethnischen Gruppen, die zwei konkurrierenden Kandidaten für einen Sitz im Stadtrat nahestanden. Auch der Vertreter der örtlichen Stadtverwaltung sowie Angehörige des Wahlstabes seien festgenommen worden. Zu den Zusammenstößen zwischen Anhängern beider Lager sei es nach Protesten wegen der Art der Stimmenausrählung und dem Wahlergebnis gekommen. Dabei habe es Vorwürfe der Wahlfälschung bei den elektronisch abgegebenen Stimmen gegeben.

### **ai fordert Freilassung eines Angehörigen der arabischen Minderheit**

Mit einer Stellungnahme vom 24.06.21 fordert Amnesty International (ai) die iranischen Behörden dazu auf, den Aufenthaltsort eines Angehörigen der arabischen Minderheit der Ahvazi preiszugeben und ihn freizulassen. Der 58-jährige Mann sei am 20.05.21 aufgrund seines im Ausland politisch aktiven Bruders und dessen Sohn inhaftiert worden. Demnach wurde er am Folgetag einer kurzzeitigen Festnahme in das Büro des Geheimdienstes der Revolutionswächter in Ahvaz (Provinz Khuzestan) vorgeladen, festgenommen und an einen unbekanntem Ort gebracht. Seitdem hat er mehrfach kurze Telefonate mit Familienangehörigen in Ahvaz führen können, ohne jedoch Angaben über seinen Aufenthaltsort zu machen.

### **Prominenter politischer Häftling 100 Tage im Hungerstreik**

Der ehemalige Filmmacher und Journalist Mohammad Nurizad befindet sich seit 100 Tagen im Hungerstreik. Außerdem verweigert er Meldungen zufolge die Einnahme von Medikamenten. Nurizad war im Juni 2019 nach einer von ihm und 14 Aktivisten unterzeichneten Petition festgenommen und im Februar 2020 unter diversen Anklagepunkten zu 15 Jahren Haft verurteilt worden. In der Petition hatten Nurizad und seine Mitunterzeichner den Rücktritt von Revolutionsführer Ayatollah Khamenei gefordert.

## **Jemen**

### **Tote und Verwundete bei Kämpfen in Aden**

Am 23.06.21 kamen bei Auseinandersetzungen zwischen bewaffneten Brigaden zwei Kämpfer in der Hafenstadt Aden ums Leben. 15 Personen wurden verletzt, darunter mehrere Zivilisten.

## **Kolumbien**

### **Angriff auf Hubschrauber von Präsident Duque**

Der Helikopter des kolumbianischen Präsidenten Iván Duque wurde am 26.06.21 beim Anflug auf die Stadt Cúcuta an der Grenze zu Venezuela beschossen. Während des Angriffs befand sich der Präsident zusammen mit dem Verteidigungs- und dem Innenminister, sowie mit dem Gouverneur der Provinz an Bord. Nach Angaben der kolumbianischen Polizei wurden insgesamt sechs Schüsse aus einem Kilometer Entfernung vom Flughafen abgegeben. Dort seien später zwei Gewehre, sowie fünf Magazine und 20 Patronenhülsen gefunden worden. Die Nationalpolizei lobte für Informationen zur Ergreifung der Täter bis zu drei Milliarden Peso (rd. 667.000 EUR, Stand: 28.06.21) aus. In der Grenzregion sind sowohl die Guerillagruppe ELN und FARC-Dissidenten, als auch zahlreiche Drogenbanden aktiv. Die Region zählt zu einer der wichtigsten Kokaanbaugebiete des Landes.

## Libanon

### Wirtschaftskrise und Proteste

Der Absturz der libanesischen Lira (LBP) setzt sich erneut fort. Am 27.06.21 lag der Schwarzmarktwechsellkurs für einen Dollar zeitweise bei 17.600 LBP. Der offizielle Wechselkurs für bestimmte Importgüter der Grundversorgung beträgt nach wie vor 1:1.500. Daneben existiert für weitere effektiv subventionierte Waren sowie für Wechselstuben der gültige zweite Wechselkurs von 1:3.900. Am 24.06.21 wurde Benzin von der Kategorie 1:1.500 in die Kategorie 1:3.900 überführt. Der Libanon hatte zuletzt massive Probleme bei der Treibstoffversorgung.

Landesweit haben viele Läden inzwischen geschlossen, da die stark importorientierte Wirtschaft des Libanon für viele Güter des täglichen Bedarfs auf das Vorhandensein von Devisen angewiesen ist und bei der Entwicklung des Wechselkurses Gewinnmargen schnell aufgezehrt werden.

Proteste gegen die Wirtschaftslage gab es erneut in allen größeren Städten. Vom 26.06.21 auf den 27.06.21 kam es in Tripolis zu besonders schweren Auseinandersetzungen zwischen Protestierenden und Sicherheitskräften, bei denen etwa 20 Menschen verletzt wurden.

Nach wie vor ist keine Lösung der politischen Krise in Sicht. Die Regierung Diab ist seit ihrem Rücktritt nach dem Explosionsunglück im August 2020 in Beirut nach wie vor geschäftsführend im Amt.

## Libyen

### Zweite Libyen-Konferenz

Am 23.06.21 fand in Berlin die zweite Libyen-Konferenz unter Beteiligung des seit März 2021 amtierenden Premierministers der Übergangsregierung (GNU), Abdul Hamid Dbaiba, zusammen mit Vertretern weiterer 17 Staaten, u.a. der Türkei, Russland, Ägypten sowie den UN, der EU, der Arabische Liga und der Afrikanischen Union statt. Dabei einigte man sich ohne die Festlegung eines genauen Zeitplans u.a. auf einen sofortigen Abzug ausländischer Truppen, die Entwaffnung und Demobilisierung der Milizen und die Durchführung der im Dezember 2021 geplanten Präsidentschafts- und Parlamentschaftswahlen. Für die Wahlen müssen allerdings die nötigen verfassungsrechtlichen Grundlagen geklärt werden.

## Mali

### Erneute Angriffe auf Soldaten

Am 25.06.21 kam es rd. 180 km nördlich von Gao zu einem Anschlag auf eine Patrouille der UN-Mission MINUSMA. Ein Selbstmordattentäter hatte eine Autobombe gezündet und dabei 13 Soldaten verletzt. Zwölf der verletzten Soldaten kommen aus Deutschland. Die Bundeswehr befindet sich seit 2013 in Mali im Einsatz, bisher hatte es keinen so schweren Angriff gegeben. Die UN-Mission MINUSMA gilt mit bislang 250 getöteten Soldaten als der derzeit gefährlichste UN-Einsatz.

Am 21.06.21 waren sechs französische Soldaten und vier Zivilisten bei einem Anschlag in Zentralmali verletzt worden. Die Soldaten befanden sich auf einer Aufklärungsmission nahe der Stadt Gossi, als eine Autobombe explodierte.

## Myanmar

### Kämpfe in Kayin, Mandalay, Kachin und Sagaing, Hunderttausende auf der Flucht

Am 21.06.21 töteten Mitglieder der Karen National Liberation Army (KNLA) in Hpa-an (Bundesstaat Kayin) Berichten zufolge acht Soldaten des myanmarischen Militärs (Tatmadaw).

Am 22.06.21 kam es in der Gemeinde Chanmyatharzi in Mandalay zu Kämpfen zwischen der Tatmadaw und der Mandalay People's Defence Force (Mandalay PDF). Nach Militärangaben starben bei den Auseinandersetzungen acht Mitglieder der PDF. Lokalen Medien zufolge waren vier der Opfer Zivilpersonen. Die PDF selbst vermeldete zwei Todesopfer und gab unterschiedlichen Berichten zufolge an, zwei bzw. drei Tatmadaw-Soldaten getötet zu haben. Am selben Tag erschossen Unbekannte in Chanmyatharzi eine Polizeikraft.

Bei Angriffen auf Truppen der Tatmadaw wollen zivile Widerstandsgruppen in den Gemeinden Kani und Yinmabin (Region Sagaing) am 23.06.21 etwa 30 Juntakräfte getötet haben, tausende Menschen flohen. Das Militär legte Brände und durchsuchte neben Häusern auch umliegende Wälder nach Widerständischen.

Mitglieder der Widerstandgruppe Zero Guerilla Force töteten am 23.06.21 in der Gemeinde Nagzon (Region Mandalay) zwei Polizeikräfte.

Am 24.06.21 kam es nahe Myitkyina (Bundesstaat Kachin) zu Zusammenstößen zwischen der Kachin Independence Army (KIA) und der Tatmadaw, nachdem die KIA einen Tatmadaw-Checkpoint angegriffen hatte.

Am 25.06.21 sollen bei zwei Feuergefechten zwischen der Mingin People's Defence Force und der Tatmadaw in der Gemeinde Mingin (Sagaing) 15 Juntakräfte und ein ziviler Kämpfer getötet worden sein.

Nach UN-Schätzungen wurden durch die Kämpfe zwischen dem Militär und bewaffneten ethnischen Gruppen seit dem 01.02.21 230.000 Menschen vertrieben, davon 177.000 im Bundesstaat Kayin und über 20.000 im Bundesstaat Chin. Mehrere tausend Menschen mussten vor Kämpfen in den Bundesstaaten Shan und Kachin fliehen.

Die Zahl der durch Polizei- und Militärgewalt gestorbenen Menschen steigt auf 883. 6.380 Personen wurden aus politischen Gründen festgenommen, 5.183 von ihnen befinden sich derzeit in Haft, 1.966 Haftbefehle stehen aus.

## Nicaragua

### **Zahl der Festnahmen Oppositioneller im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen steigt**

Zwischen dem 02.06.21 und 28.06.21 wurden im Zuge der Operation „Danto 21“ insgesamt 21 Personen festgenommen, darunter fünf oppositionelle Präsidentschaftskandidaten sowie zahlreiche regimekritische Führungsfiguren aus Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Medien (vgl. BN v. 07.06.21 u. 14.06.21). Zuletzt sind neben dem Politiker Pedro Joaquin Chamorro Barrios am 25.06.21 mit Miguel Mendoza und Miguel Mora, der zudem Präsidentschaftskandidat war, am 20.06.21 zwei Journalisten verhaftet worden. Drei weitere bekannte, unabhängige Medienschaffende, darunter der Bruder der in Hausarrest sitzenden Cristiana Chamorro, Carlos Fernando Chamorro, haben aus Angst vor Verhaftungen das Land verlassen. Lokalen Medienberichten zufolge sitzt eine Vielzahl der Inhaftierten in Evaristo Vásquez (bekannt als „El Nuevo Chipote“), wo Ihnen der Kontakt zu Ihren Anwälten und Angehörigen verwehrt wird. Nachdem die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) die willkürlichen Festnahmen und repressiven Maßnahmen des Regimes bereits am 16.06.21 mehrheitlich verurteilt und eine Freilassung politischer Gefangener gefordert hat, haben Mexiko sowie Argentinien ihre Botschafter am 21.06.21 aus Besorgnis über die aktuelle politische Lage zurückberufen. Während Staatspräsident Ortega die Verhaftungen bei einem öffentlichen Auftritt am 23.06.21 als rechtmäßig im Sinne der geltenden Rechtsordnung verteidigt hat, hat auch der Interamerikanische Menschenrechtsgerichtshof (IACHR) in einer Resolution am 24.06.21 u.a. die sofortige Freilassung von Juan Sebastián Chamorro und weiteren Inhaftierten gefordert.

## Nigeria

### **Armee geht gegen Boko Haram/ISWAP und Banditen vor**

Nach eigenen Angaben haben die Streitkräfte am 20.06.21 mit Lufwaffenunterstützung bei einer Offensive im Lambom-Wald im nordöstlichen Bundesstaat Borno über 20 Mitglieder der radikal-islamistischen Gruppierungen Boko Haram und Islamic State West Africa Province (ISWAP) getötet. Des Weiteren konnten nach Medienangaben am gleichen Tag Angriffe von Boko Haram auf einen Armeestützpunkt im Bundesstaat Borno abgewehrt werden. Ein Sprecher der Armee erklärte, dass bei der Offensive mehrere schwere Waffen sichergestellt werden konnten.

Am 26.06.21 ordnete der oberste Befehlshaber der Armee, Major General Faruk Yahaya, die Zerstörung aller Rückzugsgebiete der Boko Haram und ISWAP im Nordosten des Landes an. Yahaya hob außerdem die Bedeutung von traditionellen Institutionen für das Vorgehen gegen terroristische Aufstände hervor. Unterdessen ist ein Video aufgetaucht, in dem nach Medienangaben zu sehen ist, wie sich Kämpfer von Boko Haram und ISWAP vereinigen und dem Anführer Aba Ibrahim Al-Hashimiyil AlKhuraishi die Treue schwören. Die beiden radikal-islamistischen Gruppierungen haben sich in letzter Zeit untereinander wiederholt Kämpfe geliefert, bei denen vor wenigen Wochen der langjährige Boko Haram-Anführer Abubakar Shekau ums Leben gekommen sein soll (vgl. BN v. 21.06.21).



Nach Medienberichten kamen bei zwei Gefechten in den Gebieten der Gemeinden Talata Marafa und Bungudu im nordwestlichen Bundesstaat Zamfara eine große Anzahl von Banditen zu Tode. Im Nordwesten ist es in letzter Zeit immer wieder zu Überfällen und Entführungen gekommen (vgl. BN v. 21.06.21).

### **ECOWAS-Gerichtshof verbietet Sanktionen für Twitter-Benutzer**

Der Gerichtshof der westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS hat am 22.06.21 der nigerianischen Regierung untersagt, Benutzer des Kurznachrichtendienstes Twitter widerrechtlich zu bestrafen. Nach Medienberichten hatte die NGO Socio-Economic Rights and Accountability Project (SERAP) zusammen mit 176 nigerianischen Staatsangehörigen Klage erhoben, um gegen das Anfang Juni 2021 erlassene Twitter-Verbot vorzugehen (vgl. BN v. 07.06.21). Die Kläger sehen in dem Vorgehen eine Einschränkung der Meinungs-, Informations- und Pressefreiheit in Nigeria.

Unterdessen stellte Präsident Muhammadu Buhari nach Medienberichten eine Gruppe zusammen, um in Verhandlungen mit Twitter einzutreten. Zu den Mitgliedern der Gruppe soll u.a. der Informationsminister Lai Mohammed gehören.

## **Nordmazedonien**

### **Neue ID-Papiere sichern weitere Umsetzung des Prespa-Abkommens**

Laut aktuellem Medienbericht vom 25.06.21 bestätigte Innenminister Oliver Spasovski, dass Nordmazedonien ab dem 01.07.21 mit der Ausgabe neuer Pässe und Personalausweise beginnen wird. In den neuen Dokumenten sei erstmals der neue verfassungsmäßige Staatsname des Landes „Republik Nordmazedonien“ ausgewiesen. Dieser Schritt bringe Nordmazedonien und Griechenland der vollständigen Umsetzung des im Juni 2018 unterzeichneten und am 12.02.19 in Kraft getretenen historischen Prespa-Abkommens näher, in welchem sich beide Länder auf eine solche Namensänderung geeinigt hatten. Die Beilegung dieses Namensstreites war Voraussetzung für die Zustimmung Griechenlands zur euro-atlantischen Integration und zum im Februar 2019 erfolgten NATO-Beitritt Nordmazedoniens. Der Prozess des Austausches der ID-Papiere könne für die Bürger schrittweise erfolgen, indem diese ihre neuen Dokumente bei Ablauf der alten erhalten würden.

### **Zweite Pride-Parade**

Nachdem im letzten Jahr aufgrund der COVID-19-Pandemie die Pride-Parade der LGBTQI-Gemeinschaft nicht hatte durchgeführt werden können, fand die zweite Parade in der Geschichte des Landes am 26.06.21 unter Beteiligung Tausender Menschen in der Hauptstadt Skopje statt. Laut aktuellem Medienbericht sei die diesjährige Veranstaltung vom Nationalen Netzwerk gegen Homophobie und Transphobie organisiert und wie schon die erste Pride-Parade im Jahr 2019 wieder von hochrangigen Regierungs- und Stadtvertretern, Botschaftern und Aktivisten sowie Organisationen aus dem Ausland unterstützt worden.

## **Pakistan**

### **Mutmaßlicher Anschlag auf Lashkar-e-Taiba**

Am 23.06.21 wurden bei einer Explosion in Wohnortnähe des Gründers der als Terrororganisation eingestuften radikal-islamistischen Lashkar-e-Taiba (LeT) in Lahore in der Provinz Punjab mindestens drei Menschen getötet und ein weiteres Dutzend verletzt. Niemand bekannte sich zur Tat.

LeT wird u.a. für die Anschläge im indischen Mumbai im Jahr 2008 verantwortlich gemacht, die mehr als 160 Menschen das Leben kosteten. In Pakistan tritt LeT auch mit ihrem karitativen Flügel Jamaat-du-Dawa (JuD) in der Öffentlichkeit auf, deren Anführer wegen Terrorismusfinanzierung in Haft ist.

### **Ahmadiyya-Gemeinschaft: Gemeindehaus in Faisalabad entweiht**

Am 17.06.21 wurde laut Pressemitteilung der Ahmadiyya-Gemeinschaft eines ihrer Gemeindehäuser in Faisalabad (Punjab) von der örtlichen Verwaltung nach Sonnenuntergang in Begleitung der Polizei entweiht. Das islamische Glaubensbekenntnis, die Namen Allahs und die Koranverse seien entfernt und die Minarette demoliert worden. Darüber hinaus seien Inschriften aus vier Ahmadi-Häusern entfernt worden. Die Sicherheitskräfte bewachten die

Arbeiten und stellten sicher, dass während der Aktion niemand Zugang zum Gebiet hat und keine Foto- und Videoaufnahmen gemacht werden.

### **Grenzzaun zu Afghanistan fast fertig gestellt**

Am 20.06.21 wurde berichtet, dass der von Pakistan erbaute Grenzzaun zwischen Afghanistan und Pakistan bis zum 30.06.21 fertig gestellt sein soll. Laut Meldung vom 26.06.21 seien 90 % des Zaunes schon errichtet. Der pakistanische Präsident und auch der Innenminister beteuerten unterdessen, dass auch Pakistan sich Frieden für Afghanistan wünsche und die Taliban militärisch nicht gewinnen könnten. Falls kein Friedensvertrag zustandekommen sollte, befürchte man einen Bürgerkrieg der sich nach Pakistan ausdehnen könnte. Deswegen habe man den Zaun errichtet und um weitere Flüchtende abzuwehren. Pakistan wäre auch nicht bereit US-Truppen im Land zu stationieren. Falls die Taliban die Regierung übernehmen würden, würde man dies akzeptieren und militärisch nichts dagegen unternehmen.

## **Russische Föderation**

### **COVID-19-Pandemie: Erneute massive Ausbrüche in russischen Metropolen**

Die COVID-19-Pandemie breitet sich rasant aus. Dabei nimmt der Anteil der Delta-Variante stark zu. Betroffen sind insbesondere Moskau und St. Petersburg. In St. Petersburg wurden am 26.06.21 mehr als 1.300 Infektionen innerhalb eines Tages gemeldet. Am 27.06.21 wurden über 107 Todesfälle (neuer Höchststand für einen Tag) berichtet. Für Moskau meldeten die Behörden am 26.06.21 insgesamt 6.700 Neuinfizierte und einen Höchststand mit 144 Todesfällen an einem Tag. Für einzelne Berufszweige war in Moskau und anderen Städten bereits eine Impfpflicht verhängt worden. Dagegen regte sich aber auch Protest. Russlandweit liegt die Zahl der Neuinfektionen bei mehr als 20.500. Fast 600 Todesfälle wurden landesweit an einem Tag registriert. Westliche Experten bezweifeln jedoch, dass die Todesfälle durch das Coronavirus korrekt erfasst werden.

## **Somalia**

### **Al-Shabaab-Kämpfer in Puntland hingerichtet**

Am 27.06.21 wurden offiziellen Angaben zufolge 18 al-Shabaab-Kämpfer in Galkayo in der Region Mudug (Puntland) hingerichtet, zwei weitere in Garowe und einer in Qardho. Sie waren zuvor vom Gericht zum Tode verurteilt worden, weil sie seit 2008 über 300 Regierungsbeamte, Medienschaffende und Zivilpersonen getötet haben sollen. Alle Hinrichtungen erfolgten durch Erschießungskommandos

### **Anschläge**

Am 26.06.21 wurden bei Explosionen am Straßenrand in der Nähe des Dorfes Bali Dhidin in der Region Bari (Puntland) mindestens ein Soldat getötet und drei weitere verletzt. Der Angriff zielte auf den Sicherheitsminister von Puntland Abdisamad Galan ab. Der Minister überlebte den Anschlag, zu dem sich al-Shabaab bekannte.

Am 27.06.21 zündeten al-Shabaab-Kämpfer Sprengsätze in der Nähe einer Militärbasis in der Stadt Wisil im Gliedstaat Galmudug. Daraufhin kam es zu Kämpfen mit Sicherheitskräften. Bei dem Angriff wurden offiziellen Angaben zufolge mindestens 30 Menschen, darunter 17 Soldaten, 41 al-Shabaab-Kämpfer und 13 Zivilpersonen, getötet. Al-Shabaab bekannte sich zu dem Angriff.

## **Sri Lanka**

### **Präsident begnadigt wegen Terrorismus inhaftierte mutmaßliche LTTE-Mitglieder**

Am 24.06.21 begnadigte der sri-lankische Präsident Gotabaya Rajapaksa 94 Gefangene. Darunter befinden sich 16 tamilische Personen, denen Verbindungen zu den Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) unterstellt werden und die wegen Terrorismus inhaftiert waren. Einige von ihnen seit über einem Jahrzehnt unter dem umstrittenen Prevention of Terrorism Act (PTA). Die UN und Menschenrechtsorganisationen fordern seit Langem die Abschaffung des PTA, der u.a. eine Inhaftierung ohne Anklage ermöglicht. Am 10.06.21 verabschiedete das

Europäische Parlament eine Resolution, in der u.a. die Anwendung des PTA kritisiert, dessen Abschaffung gefordert und Besorgnis über die sich verschlechternde Menschenrechtslage im Land geäußert wurde.

Unter den Begnadigten befindet sich auch der frühere Parlamentsabgeordnete Duminda Silva, der wegen Mordes an einem politischen Rivalen zum Tode verurteilt wurde. Die Begnadigung des den Rajapaksas nahestehenden Politikers löste Kritik u.a. seitens des United Nations Office of the High Commissioner for Human Rights (UN Human Rights) aus. Am 25.06.21 traten rd. 150 zum Tode verurteilte Personen aus Protest über die Begnadigung in Gefängnissen in den Hungerstreik. In Sri Lanka wird die Todesstrafe weiterhin verhängt, seit 1976 gab es jedoch keine Hinrichtungen mehr.

## Syrien

### **Idlib: Zehn Tote bei Gefechten zwischen Regierungstruppen und Rebellen**

Nach Mitteilung der oppositionsnahen Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte feuerten Regierungskräfte am 21.06.21 dutzende Artilleriesalven auf die Dörfer Ihsim und Barah im Süden des Gouvernements Idlib. Dabei sollen mindestens neun Personen getötet und mehrere verletzt worden sein. Einem Aktivisten vor Ort zufolge soll auch ein Befehlshaber der dort herrschenden Hayat Tahrir al-Sham (HTS) ums Leben gekommen sein.

Die staatliche Nachrichtenagentur SANA berichtete unterdessen von Artilleriesalven der Rebellen auf das Dorf Joreen unter der Kontrolle der syrischen Armee, bei denen eine Zivilistin getötet und ihr Vater verletzt worden sein soll.

### **Luftschläge der USA entlang syrisch-irakischer Grenze**

In der Nacht auf den 28.06.21 bombardierten US-amerikanische Kampfbomber drei Gebäude, welche dem Pentagon zufolge von den iranisch geförderten Milizengruppen Kataib Hezbollah und Kataib Sayyid al-Shuhada genutzt wurden, um Angriffe auf Einheiten der US Armee im Irak durchzuführen. Die zwei Ziele auf der syrischen Seite der Grenze sollen demnach als Waffenlager und Koordinierungszentrum gedient haben. Die Zeit des Angriffs sei gewählt worden, dass zivile Opfer vermieden werden konnten. Der letzte bestätigte Luftangriff durch die USA auf Ziele in Syrien ereignete sich am 25.02.21, damals ebenfalls auf Ziele der beiden oben genannten Gruppen (vgl. BN v. 01.03.21).

### **Niedrige Weizenträge verstärken Lebensmittelknappheit**

Ein am 23.06.21 erschienener Bericht der REACH-Initiative warnt vor einer drohenden Lebensmittelknappheit nach geringen Jahresniederschlägen in Syrien. Schätzungen von Experten der Food and Agriculture Organisation (FAO) zufolge muss Syrien dieses Jahr mindestens 1.5 Mio. Tonnen Weizen importieren, um die Brotversorgung der Bevölkerung gewährleisten zu können. Russland, einer der größten Weizenexporteure der Welt, kündigte an, der syrischen Regierung eine Mio. Tonnen Weizen zu verkaufen, um das Ziel der insgesamt vier Mio. Tonnen für den jährlichen inländischen Bedarf decken zu können.

Etwa 70 % der syrischen Weizenproduktion liegt in Gebieten außerhalb der Regierungskontrolle, der Großteil in dem von den kurdisch geführten Demokratischen Kräften Syriens (SDF) kontrolliertem Nordosten. Der dort angebaute Weizen wird jedoch nicht nach Damaskus verkauft, um die eigene Selbstversorgung gewährleisten zu können. Doch auch dort sei in der laufenden Saison der Wasserpegel des Euphrats um fünf Meter zurückgegangen und man habe nur etwa die Hälfte der Erträge aus dem letzten Jahr erwirtschaften können.

Das Welternährungsprogramm gab im März 2021 bekannt, dass 12.4 Mio. Syrer, doppelt so viele wie noch im Jahr 2018, von Lebensmittelknappheit oder Hunger betroffen seien.

## Türkei

### **Parteiverbotsverfahren gegen HDP**

Am 21.06.21 stimmte das Verfassungsgericht der Eröffnung eines Parteiverbotsverfahrens gegen die HDP zu. Die Entscheidung erfolgte nachdem die Oberstaatsanwaltschaft am 06.06.21 eine zweite Fassung der Klageschrift eingereicht hatte, da die erste aufgrund von technischen Fehlern vom Verfassungsgericht abgelehnt worden war. (vgl. BN v. 14.06.21)

## **Menschenrechtsverletzungen**

Die Menschenrechtsorganisation Türkiye İnsan Hakları Vakfı (TIHV) veröffentlichte am 24.06.21 ihren jährlichen Bericht über die Menschenrechtslage in der Türkei. Laut dem Bericht wurden während des letzten Jahres 404 Menschen gefoltert und zehn entführt. Das Recht auf Leben soll in 3.291 Fällen verletzt worden sein, darunter in 68 Fällen die Kinder und 101 Fällen die Geflüchtete betrafen.

## **Verhaftungen mutmaßlicher Gülen-Anhänger**

Am 24.06.21 wurden in 24 Provinzen im Westen der Türkei 58 Personen verhaftet, denen vorgeworfen wird, Verbindungen zur Gülen-Bewegung zu haben. Sie sollen die Messenger-App „ByLock“ verwendet haben, eine verschlüsselte Smartphone-App, die mutmaßlich von Gülen-Mitgliedern verwendet wird. Unter den Verhafteten befinden sich Soldaten im aktiven Dienst.

## **Usbekistan**

### **Registrierung neu gegründeter Oppositionspartei erneut verweigert**

Wie bereits im ersten Verfahren (vgl. BN v. 31.05.21) hat das Justizministerium wenige Monate vor der Präsidentschaftswahl auch den erneuten Antrag auf Zulassung von Haqiqat va Taraqqiyot als Partei abgelehnt. Nach einer Pressemitteilung des Ministeriums vom 21.06.21 habe die Gruppe entgegen eigenen Angaben statt der erforderlichen 20.000 lediglich rd. 9.900 Unterschriften vorgelegt, in rd. 2.300 Fällen hätten die Unterzeichnenden ihre Unterschrift nachträglich annulliert. Radio Free Europe / Radio Liberty berichtet in diesem Zusammenhang, dass die usbekischen Behörden landesweit Universitäten aufgesucht und Studierende dazu gedrängt hätten, sich keiner der neu gegründeten Parteien anzuschließen. In einigen Fällen seien Studierende explizit angewiesen worden, „negative Informationen“ über oppositionelle Parteien in den sozialen Netzwerken zu verbreiten.

## **Vietnam**

### **Regierung verabschiedet Verhaltensregeln für soziale Medien**

Staatlichen und anderen Medien zufolge verabschiedete die vietnamesische Regierung am 17.06.21 nationale Verhaltensregeln (Code of Conduct) für soziale Medien. Dadurch sollen positive Inhalte über das Land in den gefördert werden. Gleichzeitig werden darin Inhalte, die geltende Gesetze und staatliche Interessen verletzen, verboten. Von den Richtlinien umfasst sind staatliche Organisationen, Social-Media-Unternehmen und all ihre Nutzenden. Die seit 1976 regierende Kommunistische Partei Vietnam (KPV) geht zunehmend hart gegen kritische Stimmen im Internet vor. Auf der Rangliste der Pressefreiheit 2021 der Organisation Reporter ohne Grenzen (RSF) belegt Vietnam Platz 175 von 180.

## **Weißrussland**

### **Verhafteter oppositioneller Aktivist in Hausarrest verlegt**

Der weißrussische oppositionelle Aktivist Roman Protasewitsch und seine Partnerin, die russische Staatsbürgerin Sofia Sapega, wurden nach Medienangaben am 25.06.21 aus der Untersuchungshaft in Hausarrest verlegt. Beide waren am 23.05.21 bei der erzwungenen Umleitung eines Flugzeugs auf der planmäßigen Reise von Athen nach Vilnius am Flughafen Minsk verhaftet worden (vgl. BN v. 31.05.21). Protasewitsch wird u.a. beschuldigt, Massenunruhen organisiert zu haben, was im Falle einer Verurteilung nach weißrussischem Strafrecht mit einer Haftstrafe von mindestens fünf bis zu 15 Jahren bestraft werden kann. In einer Stellungnahme bezeichnete Amnesty International die Verlegung des Paares als „zynischen Trick“ der weißrussischen Behörden.